

## ANSICHTSSACHE

# Ordnungspolitik in der Pandemie

**Börsen-Zeitung, 2.10.2020**  
„Not kennt kein Gebot“, so lautet ein wichtiger Grundsatz politischen Handelns. Die an Krisen reiche Wirtschaftsgeschichte kennt keinen anderen Fall, in dem staatliches Handeln so dringend notwendig war wie im Moment des Ausbruchs der Corona-Pandemie im März 2020. Der Sachverständigenrat, die Wirtschaftsforschungsinstitute, die wissenschaftlichen Beiräte in den Ministerien und auch die Vertreter der ordnungspolitischen Lehre sahen und sehen die Notwendigkeit staatlichen Handelns.

Für die Wissenschaft ist die Corona-Krise ein riesiges natürliches Experiment, das die Grundlage für neue Forschungsprojekte liefern wird. Welchen Effekt hat etwa die fast vollständige Einstellung der Luftfahrt, der Kreuzfahrten und des Massentourismus für das Klima? Welche Effekte entstehen durch den Digitalisierungsschub für die moderne Arbeitswelt? Eine Rückkehr zur „Vor-Corona-Normalität“ dürfte es nicht mehr geben, so viel steht fest.

### Systemvergleich aktuell

Aber auch aus institutionenökonomischer Perspektive ergeben sich neue Forschungsfragen. Der wirtschaftliche Systemvergleich, wie er von K. Paul Hensel in den 60er Jahren begründet wurde, erhält ungeahnte Aktualität. Warum kommen einige Länder vergleichsweise gut durch die Pandemie – gemessen an Kennziffern wie Fallzahlen, Sterberaten, Unternehmenskonkursen oder Arbeitslosigkeit –, während andere Staaten und leider auch die ehemalige westliche Führungsmacht USA orientierungslos taumeln? Die Ordnungsbedingungen innerhalb eines Landes und das Vertrauen in die Institutionen des Staates mit unabhängigen Gerichten, einer unabhängigen Zentralbank und einem System freier und qualitativ hochwertiger Medien bestimmen die wirtschaftlichen Ergebnisse eines Landes. Populistische Rhetorik schafft hingegen weder Wirtschaftswachstum noch Arbeitsplätze.

Deutschland ist im internationalen Vergleich bisher sehr gut durch die Pandemie gekommen, und zwar wirtschaftlich wie auch gesundheitspolitisch. Die in den letzten beiden Legislaturperioden sparsame Bundesregierung hat die Grundlage gelegt, damit ausreichend finanzielle Mittel zur Kri-

senbekämpfung zur Verfügung standen. Die aktuelle Studie der OECD sagt vorher, dass der Einbruch des BIP in Deutschland mit knapp 5,4% sehr moderat im internationalen Vergleich ausfallen wird. Glaubt man dem Sachverständigenrat, so scheint die Talsohle durchschritten. Die Freude über den Erfolg ist legitim, darf aber nicht zu Leichtsinns verführen.

In der Coronakrise besteht die große Gefahr, dass „ordnungspolitische Zombies“ aus den Gräbern der Ideengeschichte steigen und neue Popularität suchen. Die Forderung nach einer Vermögensabgabe oder nach einer Reichensteuer sind politisch und auch verfassungsrechtlich mehrfach abgelehnt worden, was deren Vertreter aber nicht daran hindert, sie durch die Hintertür der Coronakrise wieder auf die Bühne zu schicken. Die Euro-Bonds, die plötzlich zu Corona-Bonds umgetauft wurden, sind ein weiteres Exemplar für einen solchen ordnungspolitischen Zombie. Der wieder aktuelle Systemvergleich sollte auch dazu dienen, in Länder zu schauen, die mit eben solchen Maßnahmen experimentiert haben – ausnahmslos mit wenig ermutigenden Ergebnissen.

Ein zentrales ordnungspolitisches Prinzip ist die Konstanz der Wirtschaftspolitik. Hier muss die Bundesregierung schnell wieder aus dem Krisenmodus in eine reguläre Einnahmen- und Ausgabenpolitik kommen. Der „Tag 1 nach Corona“ wird kommen und spätestens dann muss klar sein, wer für die hohe zusätzliche Staatsverschuldung und die zugleich beachtlichen Steuermindereinnahmen aufkommen muss. Diese dürften nach der aktuellen Steuerschätzung allein für 2020 etwa 100 Mrd. Euro betragen. Sollen diese Summen allein von der gegenwärtigen Erwerbsbevölkerung getragen werden, oder ist ein Kriegslastentilgungsfonds wie nach dem Zweiten Weltkrieg ein besserer Weg, um intergenerative Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten? Die erstmaligen europäischen Schulden zur Konjunkturstabilisierung sollen jedenfalls über einen Zeitraum von 30 Jahren zurückgezahlt werden.

### Offene Märkte entscheidend

Offene Märkte nach innen und nach außen sind eine weitere Großbaustelle der Corona-Pandemie. Es gilt, für einen freien Außenhandel einzutreten. Der Binnenmarkt ist das

Herzstück der EU. Sollten die USA tatsächlich wie von Trump gefordert aus der Welthandelsorganisation WTO austreten, dann muss die EU die Stärke aufbringen, als neuer Freihandelshegemon aufzutreten. Wenn die Welt eines nicht gebrauchen kann, dann sind es neue Zoll- und Handelsschranken mit Abwertungswettläufen.

Kernstück der Ordnungstheorie ist das Primat der Währungspolitik. Die bisher stabilitätspolitisch erfolgreiche EZB hat auch in den vergangenen Krisen schon eine zunehmend politische Rolle eingenommen. In der Finanzkrise 2008 und 2010 lag es auf der Hand, dass die EZB als erster Krisenmanager fungierte. Doch die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass die Unabhängigkeit unter Druck gerät und die Geldpolitik ihre Orientierung verliert.

In seinem 2019 erschienenen Buch „Narrative Wirtschaft“ erläutert Nobelpreisträger Robert Shiller, dass es weniger Zahlen, Fakten und Theorien sind, die Menschen überzeugen, sondern die Narrative, mit denen diese transportiert werden. Das Narrativ der Corona-Pandemie könnte sein, dass Krisen nur durch vertrauenswürdige Institutionen und Personen überwunden werden können, die einen klaren ordnungspolitischen Kompass haben. Der darf in Europa und in Deutschland trotz der in einem Jahr anstehenden Bundestagswahl nicht verloren gehen.

Prof. Dr. Dirk Wentzel lehrt Volkswirtschaftslehre und Europäische Wirtschaftsbeziehungen an der Hochschule Pforzheim. In dieser Rubrik veröffentlichen wir Kommentare von führenden Vertretern aus der Wirtschafts- und Finanzwelt, aus Politik und Wissenschaft.

Dirk Wentzel

*In Krisenzeiten sind vertrauenswürdige Institutionen und Personen nötig, die einen klaren ordnungspolitischen Kompass haben.*